Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreise laut ausliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 22 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 26. Januar 1935

Ein Jahr Friedenspolitik mit Polen.

Erklärungen des Führers

Der Führer und Reichskanzler gewährte dem Berliner Korrespondenten der „Gazeta Polska", Warschau, eine Unterredung:

Frage: Ist es gestattet, Herr Reichskanzler, im Hinblick auf ihre früher geäußerte Ansicht anzunehmen, daß die nationalsozialistische Politik einen endgültigen Strich unter die Polen-Politik früherer Zeiten macht? Ein Jahr ist es nun her, seitdem wir diese neue Linie in unseren gegenseitigen Beziehungen eingeschlagen haben. Würden Exzellenz mit Rücksicht auf das Datum des 26. Januar 1934, an dem die deutsch-polnische Erklärung unterzeichnet wurde, einige Worte über das deutsch-polnische Verhältnis meiner Zeitung gewähren?

Antwort: **Die nationalsozialistische Politik beruht auf dem Gedankengut der nationalsozialistischen Idee. Die Rassenlehre der nationalsozialistischen Idee lehnt die sogenannte Entnationalisierung grundsätzlich ab. Sie sieht in dieser gewaltsamen Annektion fremden Volksgutes weit mehr eine Schwächung des eigenen Volkstumes als eine Stärkung.**

Die von uns eingeschlagene Politik der Respektierung der an unseren Grenzen lebenden fremden Völker entspricht daher im höchsten Maß dem Gedankengut unserer Bewegung und damit unserer innersten Ueberzeugung.

Wir gedenken nicht fortzusetzen, was frühere Jahrhunderte hier an Fehlern begangen haben. Ein Ausdruck dieses unseres Wollens ist der Versuch der Neugestaltung der Beziehungen des deutschen Volkes zum polnischen. Die praktische Erfahrung des letzten Jahrhunderts hat außerdem gezeigt, daß die wirklich wertvollen Elemente ohnehin nicht oder doch nur sehr schwer und sehr langsam entnationalisiert werden können. Der Gewinn erstreckt sich fast nur auf die schwankenden und damit zumeist minderwertigen Erscheinungen. Ihre Eroberung ist aber in keinem Fall als ein Nutzen anzusprechen, der in irgendeinem Verhältnis zu den damit verbundenen Leiden und Gefahren steht.

Ich sehe daher einen gegenseitigen Nationalitätenschutz als eines der erstrebenswertesten Ziele einer überlegenen Staatsführung an. Es ist aber klar, daß eine solche Politik nur unter gegenseitigem Verstehen erfolgreich verwirklicht werden kann.

Frage: Wie verhält sich der nationalsozialistische Einheitsstaat zu Stammes- und Landeseigenheiten? Erstrebt er Verwischung oder Stärkung derselben? Ist es richtig, daß Sie, Herr Reichskanzler, im Laufe dieses Jahres die Aufteilung der Länder in Reichsgaue vornehmen wollen?

Antwort: Der nationalsozialistische Staat ist ein Einheitsstaat in der Feststellung und Festhaltung einer einzigen Souveränität, deren Träger das gesamte Volk ist. Er wird zu diesem Zweck alles beseitigen, was Menschen künstlich aufgerichtet haben und alles respektieren, was von der Natur gegeben ist. Es ist daher nicht unsere Absicht, etwa die Eigenart der einzelnen Stämme unseres Volkstumes künstlich oder gar gewaltätig zu verwischen oder gar zu beseitigen. Sie sind die Bausteine unseres Volkes. Sie bedingen unser reiches kulturelles Innenleben.

Um so mehr aber werden wir jene Erscheinungen ausrotten, die in den traurigsten Zeiten dynastischen Eigennutzes als trennende Momente innerhalb unseres Volkes aufgerichtet worden sind.

Dabei wird sich als Endergebnis eine Gliederung des Reiches nach zweckmäßigen und allen Teilen unseres Volkes zugutekommenden Gesichtspunkten von selbst ergeben.

Frage: **Ist die Frage der inneren Verfassung endgültig durch das Führerprinzip festgelegt? Wir Ausländer lesen und hören so oft von einem entstehenden deutschen Orden, vom Verhältnis der Partei zum Staat, was sollen wir unter dieser Bezeichnung verstehen? Wir werden vom Wunsch geleitet, zu einem klaren Verständnis dieser Verhältnisse zu gelangen, und in welchem Sinne ist der erste Punkt des nationalsozialistischen Programms, es sei nur ein „Zeitprogramm", aufzufassen?**

Antwort: **Sie haben recht, das Führerprinzip ist schon heute in der gesamten Verfassung des Reiches so gut wie festgelegt. Der Orden, von dem Sie sprechen, ist bereits vorhanden. Es ist dies die in 16jähriger Arbeit gebildete und gewachsene Nationalsozialistische Partei!**

Sie ist an die Stelle der früheren parteimäßigen Zersplitterung getreten und beherrscht als Repräsentantin des deutschen Volkswillens und damit des Lebenswillens der deutschen Nation das gesamte Deutsche Reich. Die Verwirklichung der Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung führt zu einer so restlosen Einheit zwischen Partei und Staat, daß ihr Programm damit dereinst als verwirklicht und in ihrer Verwirklichung als Kampfaufgabe damit als beendet angesehen werden kann.

Frage: In der Wirtschaftspolitik sind es nicht die Schwierigkeiten, die sich aus den gegenwärtigen Krisen ergeben, über die wir Fragen stellen möchten, vielmehr beschäftigt uns das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie im nationalsozialistischen Deutschland. Wie soll es sich künftig gestalten?

Antwort: Unsere Wirtschaftspolitik hat sich eine Reihe großer Aufgaben gestellt. Die zunächstliegenden Arbeiten aber werden bestimmt durch die von uns angetroffene allgemeine Situation. Das heißt: Wir fanden über 6,5 Millionen Erwerbslose, ein vor dem vollkommenen Ruin stehendes Bauerntum und einen der restlosen Zerstörung und Vernichtung ausgelieferten Mittelstand. Diese katastrophale Lage zwang uns die zu treffenden Abwehrmaßnahmen auf. Wir können schon heute mit Stolz den Erfolg unserer Aktion feststellen.

Alle Ziffern unseres wirtschaftlichen Lebens sind in günstiger Entwicklung und Steigerung begriffen.

Das Entscheidende aber war: Es ist uns gelungen, die natürliche Tatkraft, Entschluß- und Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes in der glücklichsten Weise zu beleben.

Die private Initiative, die wesentlich für jede erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist, haben wir der lähmenden Fesseln des früheren Regimes entledigt, durch eine neue, großzügige Ordnung die Landwirtschaft sowohl als die Industrie wieder lebensfähig gestaltet, Millionen Arbeitern einen Arbeitsplatz gesichert, vor allem aber damit dem Staat zuverlässige Stützen seiner nationalen Existenz gegeben. Unsere künftige Arbeit wird eine Fortsetzung der geleisteten sein.

Frage: In der auswärtigen Politik ist die öffentliche Meinung auf Deutschlands Stellungnahme zu den verschiedenen Paktvorschlägen gerichtet. Wäre es vorzeitig, diese Frage zu stellen?

Antwort: Sie werden verstehen, daß sich über die verschiedenen Paktvorschläge heute um so weniger öffentlich etwas sagen läßt, als ihre Diskussion zum Teil überhaupt erst begonnen hat.

Nur das eine muß ich immer wiederholen:

1. Deutschland will mit allen seinen Nachbarn in Frieden leben. Und es ist bereit, alles hierzu Notwendige großzügig zuzugestehen.

2. Deutschland wird niemals mehr Verzicht leisten auf seine Gleichberechtigung.

3. Wir können unter einer internationalen Zusammenarbeit nicht verstehen die Uebernahme undurchsichtiger Verpflichtungen mit Konsequenzen, die am Ende ohne Berücksichtigung der nationalen deutschen Interessen uns dorthin führen können, wo wir aus eigenem freien Willen nicht hinkommen wollen, nämlich zu einem Krieg.

Frage: Wie müssen wir uns gegenüber dem immer wiederkehrenden Gerücht, Deutschland trete dem Völkerbund wieder bei, verhalten?

Antwort: Wir sind wegen Nichteinhaltung der uns zustehenden und zugesicherten Gleichberechtigung aus dem Völkerbund ausgeschieden.

Wir gedenken nicht, etwa in Zukunft noch einmal im Völkerbund um unsere Gleichberechtigung zu feilschen, sondern wir sind entschlossen, in keinen Bund eher zurückzukehren ,als wir nicht gleichberechtigt sind.

Dies ist, wie ich schon einmal betonte, keine „Bedingung" sondern eine Selbstverständlichkeit. Daß das frühere Regime in Deutschland dafür kein Verständnis zeigte, hatte es sehr schwer zu büßen. Es wurde von der Nation restlos beseitigt. Es ist aber naiv, zu glauben, daß ich oder wir dumm genug seien, gerade den Fehler wieder zu machen, der unseren Vorgängern neben vielen anderen, aber doch hauptsächlich mit das Genick gebrochen hat!

Im übrigen freut es mich, nunmehr nach einem Jahr neugestalteter deutsch-polnischer Beziehungen auf das Fruchtbare dieser Entwicklung zurückblicken und hinweisen zu dürfen.

Es ist uns gelungen, eine der geschichtlich bedeutsamen Korrekturen rechtzeitig durchgeführt zu haben, nämlich eine Korrektur des Irrtums, als ob zwischen den beiden Völkern eine Feindschaft als eine Art Erbmasse stets vorhanden gewesen wäre und damit für alle Zukunft vorhanden sein müßte. Ich glaube im Gegenteil, daß trotz all dem Schweren, was zwischen den beiden Völkern liegt, sie im Interesse der gemeinsamen Erhaltung gerade der europäischen Kultur zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit verpflichtet sind.

Das nationalsozialistische Regime in Deutschland wird nichts unterlassen, was geeignet sein kann, diese Zusammenarbeit zu fördern und langsam in eine fortdauernde Freundschaft zu verwandeln. Der heutige Tag gibt mir die Berechtigung, mehr denn je an die Verwirklichung eines solchen Wunsches zu glauben.

*

Besuch eines englischen Politikers beim Führer

In Berlin hatte Lord Allen Hurtwood Besprechungen mit dem Führer und Reichskanzler, mit dem Ministerpräsidenten Göring und anderen führenden politischen Persönlichkeiten.

Lord Allen Hurtwood ist der Organisator der Nationalen Britischen Arbeiterpartei und steht in engen persönlichen Beziehungen zu MacDonald. Sein besonders lebhaftes Interesse gilt Fragen der internationalen Politik. Wahrscheinlich ist in seinen Berliner Unterhaltungen die Stellung Deutschlands zur Abrüstungsfrage und die allgemeine europäische Lage zur Behandlung gekommen. Im Augenblick liegt kein Anlaß vor, zu vermuten, daß der Reise Hurtwoods auf den Kontinent eine andere als eine nichtoffizielle Bedeutung zukommt.

*

Erklärung des polnischen Außenministers

Der polnische Minister des Auswärtigen, Beck, hat anläßlich des Jahrestages der Unterzeichnung der polnisch-deutschen Erklärung vom 26. Januar 1934 dem Warschauer Vertreter des „Völkischen Beobachter" folgende Ausführungen über die polnisch-deutschen Beziehungen zur Verfügung gestellt.

„Der Jahrestag der Unterzeichnung der polnisch-deutschen Erklärung über den Verzicht auf Anwendung von Gewalt ermöglicht einen Ueberblick über die zur Annäherung der beiden Völker vollbrachte Arbeit und ihre positiven Folgen in der internationalen Politik.

Die Führer der beiden Völker haben es verstanden, den richtigen Augenblick zu erfassen, um die Grundlage für neue Beziehungen zwischen beiden Nationen aufzubauen.

Der 26. Januar 1934 ist in der weiteren Gestaltung der nachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich zum Wendepunkt geworden. Von diesem Augenblick an bauen sich die polnisch-deutschen Beziehungen auf gegenseitigem Verständnis und auf Achtung der Leistungen der beiden Völker auf. Dadurch wurde das Erzielen einer Verständigung auf Gebieten von grund-

Geburtstagsfeier in „einzigartiger sozialer Würde".

Als Reichsminister Dr. Goebbels am 24. Januar 1934 seinen Aufruf für die vorjährige Sonderaktion des Winterhilfswerkes veröffentlichte, durch die die Ausgabe von 15 Millionen Lebensmittelgutscheinen sowie 6,5 Millionen Kohlengutscheinen als zusätzliche Hilfe für die bedürftigen Volksgenossen angekündigt wurde, konnte er u. a. sagen: „Zwei Millionen ehemals arbeitsloser Menschen sind in die Fabriken und Kontore zurückgekehrt, der Bauernstand ist in seinen Lebensgrundlagen gesichert, das kulturelle Leben wurde von den schlimmsten Verfallserscheinungen gereinigt, das Reich ist gefestigt im Innern und steht im zähen Kampf um seine Ehre und Gleichberechtigung nach außen." Was in dem vergangenen Jahre dann an innerer Aufbauarbeit geleistet wurde, geht schon allein aus einer einzigen Zahl hervor: wir haben heute nicht mehr vier, sondern nur noch 2,6 Millionen Erwerbslose.

Wir haben uns in manchen Dingen allzusehr an Millionenzahlen gewöhnt. Es ist schnell ausgesprochen: „Nur noch 2,6 Millionen Erwerbslose." Aber wenn man sich diese Zahl recht klarmacht und dabei bedenkt, daß diese 2,6 Millionen Arbeitsloser ja noch mehrere Millionen Menschen als Angehörige haben, die zu versorgen sind, dann ergibt sich die Notwendigkeit des großen sozialen Winterhilfswerkes im allgemeinen und dieser Sonderaktion im besonderen ohne weiteres.

Der neue Staat kann den „Geburtstag seines nationalpolitischen Bestandes", wie es Reichsminister Dr. Goebbels vor einem Jahre nannte, nicht besser begehen als durch diese neue soziale Tat großen Formates im Sinne unseres Führers. Damit sind zugleich grundlegende Unterschiede des nationalsozialistischen Staates gegenüber dem Systemstaat früherer Art gekennzeichnet. Ohne irgendeinen Druck aus der Masse kann die Regierung Adolf Hitler die großen Summen für die Sonderleistung des Winterhilfswerkes zur Verfügung stellen — wo sind die Zeiten, da sich die tiefe Verbitterung und Hoffnungslosigkeit von mehr als sechs Millionen Arbeitsloser in Streiks, Unruhen und Straßenkämpfen unter kommunistischer Führung Luft machte?! Heute wissen diejenigen Volksgenossen, denen noch keine Arbeit beschafft werden konnte, daß der Staat Adolf Hitlers sich gerade ihrer in erster Linie annimmt, unter Anspannung aller Mittel für sie sorgt und auch in diesem Jahre wieder eine große Zahl zu Brot bringen wird.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF